

15
Jahre

Wie gerecht ist Deutschland?

In
Deutschland
neu denken

Argumente für die Gerechtigkeitsdebatte

WissensWert 15

Inhalt

Gerechtigkeit – immer eine Frage der Perspektive

Gerechtigkeit hat viele Facetten.

Bedarfsgerechtigkeit – wo Umverteilung Armut lindert

Jedem, was er braucht. Das stellt den Staat vor hohe Anforderungen.

Leistungsgerechtigkeit – Arbeit soll sich auszahlen

Eine gute Ausbildung sorgt für bessere Beschäftigungschancen.

Einkommensgerechtigkeit – der Fortschritt kommt nicht allen zugute

Ungleichheiten beim Lohn bestehen. Aber die Mittelschicht ist stabil.

Chancengerechtigkeit – für manche noch Wunschenken

Der Arbeitsmarkt boomt, doch nicht alle profitieren davon.

Generationengerechtigkeit – Schulden belasten die Generation von morgen

Investitionen sichern die Zukunft der Jugend: aber bitte mit Augenmaß!

Regelgerechtigkeit – wider die Willkür

Vertrauen in die Verlässlichkeit staatlicher Institutionen bildet die Basis für Zusammenhalt und Wohlstand.

Anders über Gerechtigkeit diskutieren

Alles hängt mit allem zusammen – die Politik muss Prioritäten setzen.



Editorial

Oft ist zu hören, in Deutschland gehe es nicht mit gerechten Dingen zu. Es heißt, die Schere zwischen Arm und Reich öffne sich immer weiter, manche Menschen könnten trotz Vollzeitjob nicht von ihrem Gehalt leben, vielen drohe Altersarmut. Solche (Vor-)Urteile prägen derzeit die öffentliche Diskussion. Da ist es kaum erstaunlich, dass die Frage der sozialen Gerechtigkeit sich zu einem zentralen Thema im Bundestagswahlkampf entwickelt hat.

Warum ist Gerechtigkeit wichtig? Mit dieser Frage beschäftigt sich das Roman Herzog Institut (RHI) seit Jahren immer wieder – aktuell auch im Rahmen des Jahresthemas »Wert(e) der Gesellschaft«. Gerechtigkeit ist ein bedeutender Wert für jeden Einzelnen und für die Gesellschaft. Nur wer sich gerecht behandelt fühlt, entwickelt Vertrauen und die Bereitschaft, in einer Gemeinschaft zu kooperieren.

Menschen haben ein Bedürfnis nach Gerechtigkeit. Wenn wir uns mit anderen vergleichen, Regeln für das Zusammenleben aufstellen oder Leistungen bewerten – immer geht es um die Frage: Was ist gerecht? Dabei urteilen wir oft rein intuitiv, nach »Bauchgefühl«. Und das führt dazu, dass die Debatte um Gerechtigkeit von Mythen beherrscht ist.

Beim RHI wollen wir diesen Mythen auf den Grund gehen. Dabei fragen wir, was Menschen einerseits mit dem Ideal »Gerechtigkeit« für sich und für die Gesellschaft verbinden und wie es andererseits mit der Umsetzung von Gerechtigkeit hierzulande aussieht. Und welche Unterschiede zeigen sich gegenüber anderen Ländern?

Die Auswertung der Ergebnisse zeichnet ein nuanciertes Bild von Gerechtigkeit in Deutschland. Sie zeigt, wo es heute schon gerechter zugeht als vielfach angenommen und wo noch Handlungsbedarf besteht. Letztlich werden auch weiterführende Fragen aufgeworfen: An welchen Stellschrauben kann und muss die Politik drehen, um mehr Gerechtigkeit herzustellen? Wie kommt es, dass sich trotz der insgesamt ermutigenden Fakten hartnäckig einige Fehleinschätzungen über Gerechtigkeit halten?

Das Thema Gerechtigkeit bleibt brisant und spannend – lesen Sie dazu die aktuelle Ausgabe von WissensWert!

Prof. Randolph Rodenstock
Vorstandsvorsitzender
des Roman Herzog Instituts e.V.

4

»
Gerechtigkeit ist der Maßstab,
mit dem wir die moralische
Qualität von Ordnungen messen.«

Wolfgang Kersting, 2010, 6



Gerechtigkeit – immer eine Frage der Perspektive

Menschen haben unterschiedliche Vorstellungen von Gerechtigkeit. Der eine hält etwa den Solidaritätszuschlag, die »Rente mit 63« oder die Mütterrente für gerecht, für den anderen sind das Reizthemen. So, wie die Menschen jeweils eigene Maßstäbe für Gerechtigkeit anlegen, verwendet auch die Gerechtigkeitsforschung verschiedene Dimensionen dieses Begriffs. Wir sprechen zwar immer von »der Gerechtigkeit«, unterscheiden dabei aber zwischen:¹

- **Bedarfsgerechtigkeit** – jedem, was er zur Sicherung seines Bedarfs (etwa des Existenzminimums) benötigt;
- **Leistungsgerechtigkeit** – jedem, was ihm entsprechend eigener Leistung zusteht;
- **Einkommensgerechtigkeit** – jedem das Gleiche;
- **Chancengerechtigkeit** – jedem die gleiche Chance auf Teilhabe an Bildung, am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben;
- **Generationengerechtigkeit** – jeder Generation die gleichen Chancen;
- **Regelgerechtigkeit** – gleiche Regeln für alle.

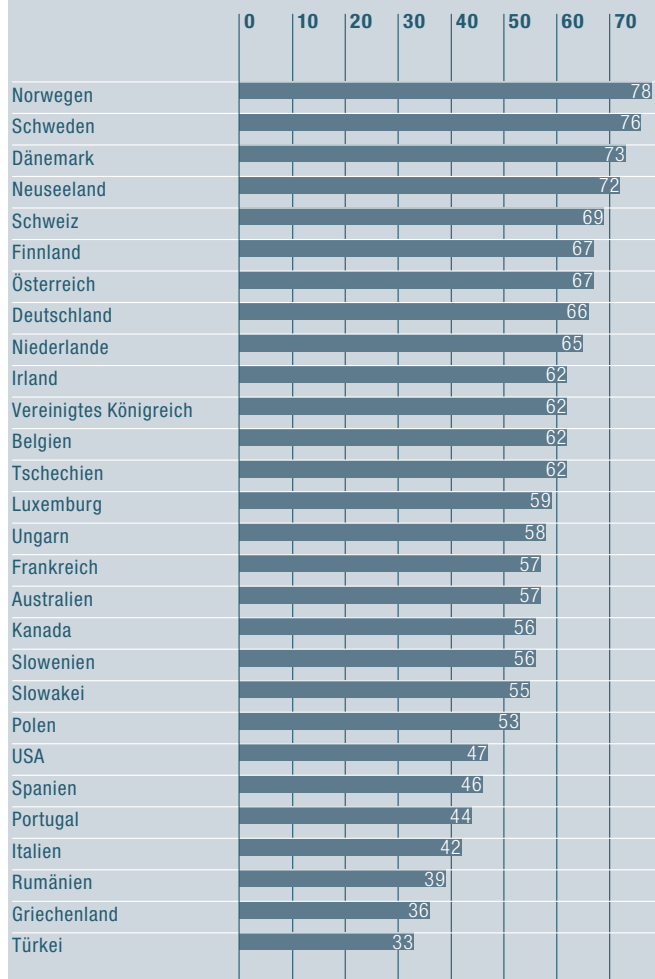
Als Maß für die Gerechtigkeit und für einen internationalen Vergleich haben Enste et al., 2013 einen Gerechtigkeitsindex entwickelt. Dieser ordnet den sechs Dimensionen von Gerechtigkeit verschiedene Indikatoren zu, für die es in Deutschland und 27 anderen Industrieländern Messwerte gibt. Der Index soll zeigen, wie die jeweiligen Gerechtigkeitsvorstellungen im Vergleich der Länder erfüllt sind. Obwohl ein Konzept wie Gerechtigkeit nur schwer zu messen ist und es sehr viel Spielraum bei der Interpretation darüber gibt, ob die Indikatoren tatsächlich Gerechtigkeit abbilden, ist der Gerechtigkeitsindex ein geeigneter Maßstab. Richtig verstanden, ist er ein Impuls und dient eher zur Einordnung als zur trennscharfen Messung der Gerechtigkeit.

Für jeden Indikator erhielten die 28 Länder einen Wert zwischen 100 (das bestmögliche Ergebnis) und 0 (das schlechteste Ergebnis). Die Werte sind immer relativ: Verbessert sich ein Land in einem Indikator deutlich, fallen Länder etwas zurück, in denen sich nichts verändert. Das bedeutet allerdings nicht, dass in diesen Ländern für sich genommen die Gerechtigkeit abgenommen hätte, sondern lediglich, dass sich andere Länder verbessert haben (zur Methodik des Index vgl. Enste et al., 2013).

Aus allen Indikatoren der sechs Gerechtigkeitsdimensionen ergibt sich der Gesamtindex (Abbildung 1). Deutschland befand sich im Jahr 2015 auf Rang 8 der 28 verglichenen Industriestaaten. Die skandinavischen Länder Norwegen, Schweden und Dänemark führen das Ranking an.

¹ Zur Definition der Gerechtigkeitsdimensionen vgl. ausführlich RHI, 2011, 5 ff.; 2014, 3 f.

Abbildung 1
Gerechtigkeitsindex 2015
 Der Gerechtigkeitsindex fasst die Dimensionen Bedarfs-, Leistungs-, Einkommens-, Chancen-, Generationen- und Regelgerechtigkeit zusammen



Quellen: OECD; Weltbank; Eurostat; eigene Berechnungen

Ob der Rang Deutschlands ein akzeptables Ergebnis ist oder eher Handlungsbedarf signalisiert, wird damit aber noch nicht beantwortet. Denn die verschiedenen Zustände von Gerechtigkeit, die sich dabei in den Ländern zeigen, sind zunächst Bestandsaufnahmen. Ob aus ihnen zu folgern ist, dass Politik und Gesellschaft Maßnahmen ergreifen sollten, hängt stark von der Interpretation ab und davon, für wie wichtig wir die jeweilige Gerechtigkeitsdimension gerade halten.

Bedarfsgerechtigkeit – wo Umverteilung Armut lindert

Das Konzept der Bedarfsgerechtigkeit stellt die Grundbedürfnisse des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt. Diese Grundbedürfnisse – etwa nach gesundheitlicher Versorgung und einem Einkommensminimum – sollen befriedigt sein und die unterschiedlichen Bedarfe, beispielsweise von Familien und Alleinstehenden, berücksichtigt werden. Da ein solcher Zustand in einer reinen Marktwirtschaft nur bedingt erreicht wird, sind staatliche Transfers notwendig.

Gemessen an den Indikatoren, die zur Messung der Bedarfsgerechtigkeit einfließen, erreicht Deutschland Platz 7. Besonders bei der Ärztedichte und bei den Ausgaben für Familien und Kinder liegt Deutschland im Vordergrund der verglichenen Länder.

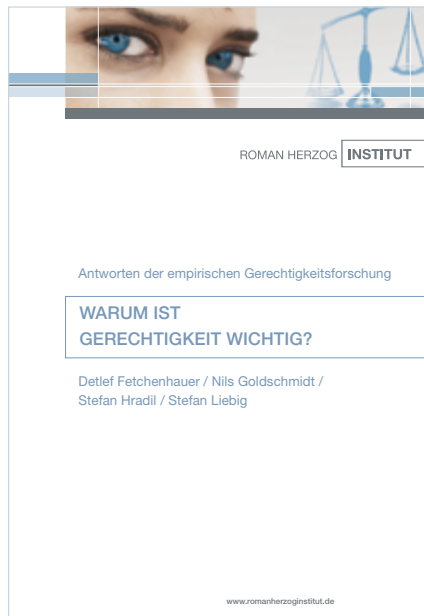
Bei den relativen Armutsindikatoren, die mithilfe des »Medianeinkommens« ermittelt werden, befindet sich Deutschland hingegen eher im hinteren Mittelfeld. Das Medianeinkommen ist der Betrag, der die Gruppe der Einkommensbezieher in zwei Hälften teilt: Die eine Hälfte hat weniger als das Medianeinkommen, die andere Hälfte mehr.

Erzielt jemand weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens – im Jahr 2015 waren das für Alleinstehende weniger als 1.033 Euro im Monat –, gilt er in der gängigen Definition als armutsgefährdet. Darunter fielen in Deutschland 2015 knapp 17 Prozent der Bevölkerung (Statistisches Bundesamt, 2017).

6

» Im besten Fall bin ich selbst in der Lage, durch meine Arbeit mir die notwendigen Mittel zu verschaffen, um selbstständig überlebensfähig und vollwertiger Teil der Marktwirtschaft zu sein.

Nils Goldschmidt, 2010, 73



Neben dieser Armutsgefährdungsquote liefern auch Umfragedaten Anhaltspunkte dafür, wie es um die Bedarfsgerechtigkeit bestellt ist. Die in Abbildung 2 verwendeten Daten von Eurostat sind nicht als Indikatoren im Index enthalten. Sie zeigen an, wie viel Prozent der Bevölkerung sich bestimmte Güter nicht leisten können. Dazu gehören Fernseher, Auto, Waschmaschine, Urlaubsreisen und einige Versorgungsleistungen. In Deutschland sind demnach knapp 4 Prozent der Bevölkerung erheblichen materiellen Entbehrungen ausgesetzt, leiden also unter sogenannter materieller Deprivation.

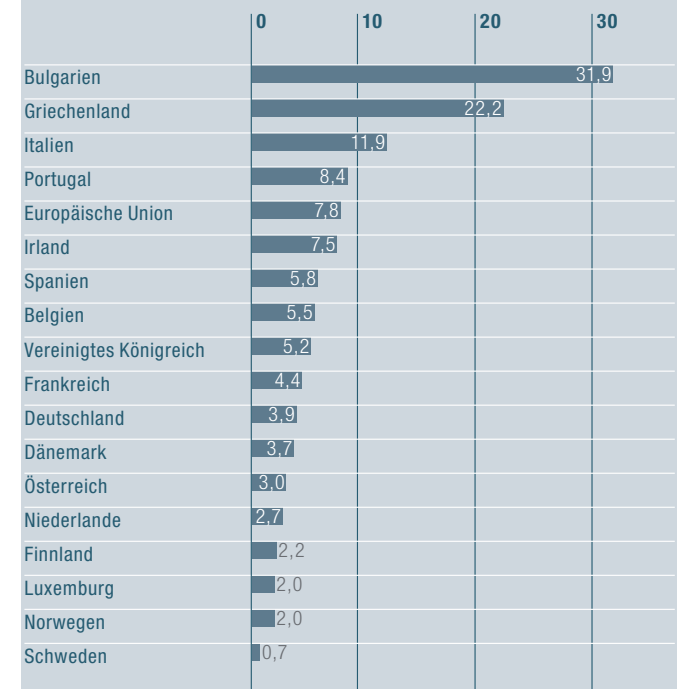
Von Armut bedroht sind in Deutschland besonders Alleinerziehende, Arbeitslose und Migranten. In der öffentlichen Diskussion wird auch die Alters- und Kinderarmut immer wieder thematisiert. Im Jahr 2015 wuchsen beispielsweise 14,6 Prozent der unter 18-Jährigen in armutsgefährdeten Familien auf. Diese Kinder und Jugendlichen sind erheblich benachteiligt: Sie sind häufiger sozial isoliert, leiden eher an Unterversorgung und schlechterer Bildung. Im internationalen Vergleich ist die Kinderarmut in Deutschland zwar relativ gering (OECD, 2016a). Sie wäre jedoch deutlich größer, wenn der Staat nichts dagegen unternehmen würde.

Gerade bei der Kinderarmut zeigt sich, dass Umverteilung zu mehr Bedarfsgerechtigkeit beitragen kann. Ein Beleg dafür sind die vergleichsweise hohen Ausgaben für Familien und Kinder. Mit 3,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sind es die fünfthöchsten in Europa (Abbildung 3). Die Folge ist eine deutlich bedarfsrechtere Verteilung: Durch die Sozialleistungen reduziert sich die Armutsgefährdungsquote in der Gruppe der unter 18-Jährigen um mehr als die Hälfte. Auch andere Bevölkerungsgruppen profitieren von der Umverteilung

Abbildung 2

Materielle Armut 2016

So viel Prozent der Bevölkerung in ausgewählten Ländern waren erheblichen materiellen Entbehrungen ausgesetzt



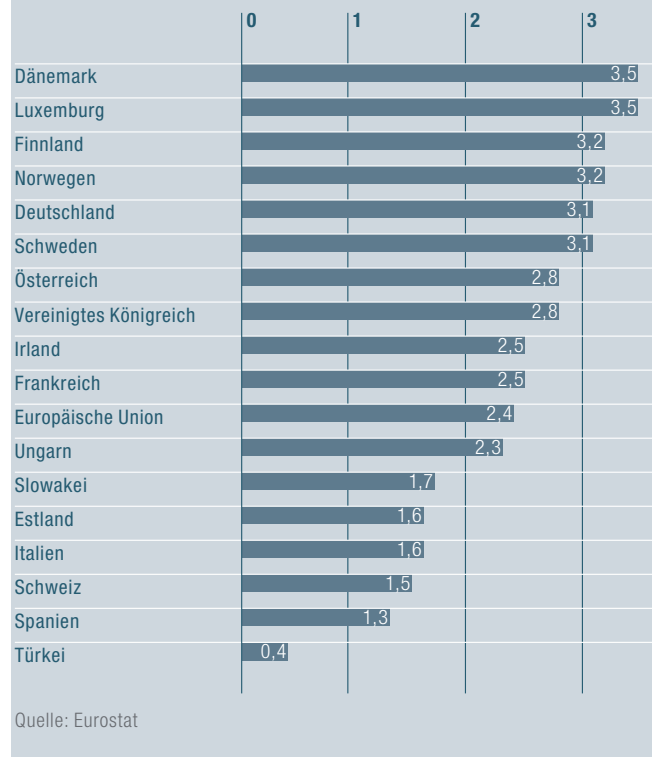
Erhebliche materielle Entbehrung: Die Betroffenen können sich vier oder mehr von neun notwendigen oder wünschenswerten Alltagsgegenständen nicht leisten. Quelle: Eurostat

und können darum ihre elementaren Bedürfnisse leichter erfüllen als ohne staatliche Zuwendungen.

Möchte man die Bedarfsgerechtigkeit erhöhen, könnte man auf mehr Umverteilung setzen. Dabei sind aber mögliche Nebeneffekte zu bedenken – beispielsweise, ob mehr Umverteilung die Empfänger davon abhält, aus eigener Kraft höhere Einkommen anzustreben. Auch muss die Gesellschaft – etwa für die Empfänger der staatlichen Grundsicherung – immer wieder aufs Neue aushandeln, was gemeinhin als legitimer Bedarf anzusehen ist und wie weit die Umverteilung reichen muss. Aufgrund der Schwierigkeiten, die bei einer solchen Bewertung auftreten, und der unerwünschten Nebenwirkungen bei der Umsetzung sollten Maßnahmen der Bedarfsgerechtigkeit gezielt nur bei den Bedürftigen ansetzen, also nicht breit gestreut werden.

Die staatliche Umverteilung ist zudem nur *eine* Stellschraube, um die Bedarfsgerechtigkeit zu verbessern. Daneben senkt eine gute Beschäftigungspolitik die Armutsgefährdung. So ist beispielsweise die Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine effektive Maßnahme, die es Familien mit Kindern und Alleinerziehenden ermöglicht, den Lebensunterhalt stärker aus eigener Kraft zu bestreiten. Kommt es zu weniger Erwerbsunterbrechungen und Phasen der Arbeitslosigkeit, sinkt gleichzeitig auch die Armutsgefährdung im Alter.

Abbildung 3
Sozialleistungen für Familien und Kinder 2014
in ausgewählten Ländern, in Prozent des BIP



Leistungsgerechtigkeit – Arbeit soll sich auszahlen

Die Soziale Marktwirtschaft sorgt nicht nur für die Existenzsicherung der Bürger, sondern ist auch eine Leistungsgesellschaft, die Anstrengung belohnt. Weil die Zufriedenheit und der soziale Zusammenhalt stark davon abhängen, ob Leistung angemessen gewürdigt wird, ist Leistungsgerechtigkeit von besonderer Bedeutung.

Leistungsgerecht ist ein Zustand, in dem die Einkommen der Bürger ihrer jeweiligen Leistung entsprechen. Im Gegensatz zur Bedarfsgerechtigkeit orientieren sich Einkommen also nicht an den Bedürfnissen, sondern daran, wie viel jeder leistet. Diese Verknüpfung von Leistung und Einkommen ermöglicht – im Prinzip – der Markt. Auf Märkten führt das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage theoretisch und idealerweise zu einer leistungsgerechten Verteilung: Diejenigen, die sich besonders anstrengen oder viel in Bildung investieren, können demnach größere Werte schaffen und höhere Löhne erzielen als andere. Eine ungleiche, aber leistungsabhängige Bezahlung ist also durchaus erwünscht, weil sie einen Anreiz darstellt, sich sozial zu verbessern, und den individuellen Beitrag honoriert (Hradil, 2010, 53 ff.).

Die Schwierigkeit besteht darin, dass Leistung schwer zu bewerten ist. Denn natürlich stellt sich in der Praxis die Frage, was eine gute Leistung ist und was eine faire Entlohnung genau ausmacht. Darum wird – etwa in Tarifverhandlungen, im Mitarbeitergespräch oder an der Börse – hart gerungen, eine angemessene Bewertung der Leistung einzelner Berufsgruppen, Mitarbeiter und Unternehmen herbeizuführen.

8

Im Vergleich der 28 Industriestaaten lag Deutschland bei der Leistungsgerechtigkeit im Jahr 2015 im Mittelfeld (Platz 10). Auf gesellschaftlicher Ebene messen wir Leistungsgerechtigkeit mit Indikatoren wie der sogenannten Erwerbsarmut. Diese gibt an, wie viele Menschen trotz Erwerbstätigkeit arm sind. Ein anderer Maßstab ist die Bildungsrendite. Das ist der Einkommensvorsprung, der sich aus einer längeren und besseren Ausbildung ergibt.

Der Blick auf den Indikator Bildungsrendite zeigt: Die Anstrengung, die Menschen in ihre Ausbildung stecken, zahlt sich tatsächlich später aus. Die Arbeitsmarktchancen von Personen mit hohem Ausbildungsniveau sind deutlich besser als die von Personen mit einem geringen Ausbildungsniveau. Dieser Unterschied entspricht grundsätzlich dem Gedanken der Leistungsgerechtigkeit. Daraus lässt sich aber auch die Forderung ableiten, Bildung und Ausbildung besonders für bildungsferne Gruppen zu verbessern, um diese zur Teilhabe zu befähigen. Was dabei häufig übersehen wird: Es muss nicht immer ein akademischer Bildungsabschluss – also ein Studium oder eine Promotion – sein, damit Menschen ihre Arbeitsmarktchancen erhöhen. Vielmehr bieten das duale Ausbildungssystem sowie Fort- und Weiterbildungen vielen Menschen in Deutschland gute Beschäftigungs- und Verdienstperspektiven (Flake et al., 2016).

Wenn sich Löhne proportional zur Produktivität entwickeln, die Mitarbeiter also ihren Teil vom Fortschritt bekommen, verweist das darauf, dass es auf dem Markt leistungsgerecht zugeht. In den letzten Jahren sind die Löhne in Deutschland sogar stärker gestiegen als die Produktivität. Eine solche Entwicklung widerspricht allerdings dem Grundgedanken der Leistungsgerechtigkeit und wirkt sich daher negativ auf den Indikator aus.

Die gerechte Entlohnung ist naturgemäß umstritten. Berichte über Managergehälter und hohe Boni verstärken in der Bevölkerung in den letzten Jahren das Gefühl, dass Leistung und Entlohnung zunehmend entkoppelt sind. So glaubten im Jahr 2013 knapp 23 Prozent der Befragten in Deutschland, dass weniger die eigene Leistung und harte Arbeit, sondern vielmehr Glück und »Vitamin B« zum Erfolg führen. Gewinnen solche Überzeugungen weiter an Raum, unterminiert das die positive Anreizwirkung der Leistungsgerechtigkeit, auf die ein leistungsabhängiges Gesellschaftssystem wie die Soziale Marktwirtschaft angewiesen ist.

Gesellschaftlich ebenso bedenklich wäre es, wenn ein Teil der Erwerbstätigen den Eindruck gewinnt, dass sich Arbeit für sie eher nicht mehr lohnt. Bei der Erwerbsarmut – also dem Anteil aller Erwerbstätigen, die trotz Arbeit weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verdienen – liegt Deutschland knapp über dem EU-Durchschnitt (Eurostat, 2017). Dabei sind die Vollzeitbeschäftigten hierzulande etwas seltener armutsgefährdet als der EU-Durchschnitt (Bertelsmann Stiftung, 2016, 9).

Mit rund 23 Prozent ist der Niedriglohnsektor hierzulande relativ groß – ein Faktum, das in beinahe jeder Fernseh-talkshow mit sozialpolitischem Thema diskutiert wird. Was man allerdings auch wissen sollte: Der Anteil dieser Jobs steigt seit einigen Jahren nicht mehr, auch nicht auf Kosten von Normalarbeitsverhältnissen. Je höher das bedarfsgerechte Mindesteinkommen, desto mehr sinkt der Arbeitsanreiz im Niedriglohnbereich. Niedrige Löhne sind zudem nicht gleichzusetzen mit ungerechter Bezahlung. Gerade für Langzeitarbeitslose und anerkannte Flüchtlinge bieten sie eine Einstiegschance in den Arbeitsmarkt.

»
Weil in der Moderne der Einzelne
zunehmend in Märkte und markt-
ähnliche Beziehungen eingebunden
ist, werden Verteilungsprinzipien,
die auf individuelle Beiträge
und Leistungen zurückgreifen,
an Legitimität gewinnen!
«

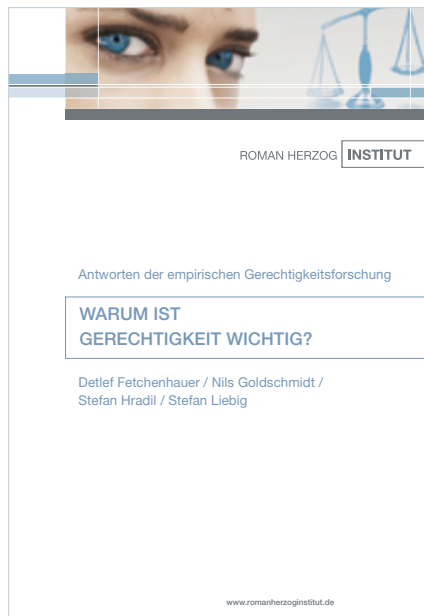
Stefan Liebig, 2011, 8



9

Wir sollten Gerechtigkeits-
prinzipien nicht überfordern
und den Markt wirken lassen,
wo immer dies möglich ist.

Stefan Hradil, 2010, 48

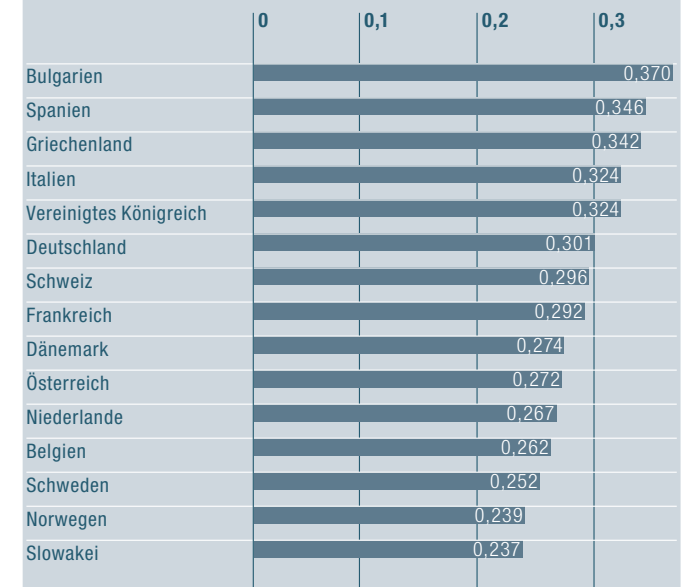


Einkommensgerechtigkeit – der Fortschritt kommt nicht allen zugute

Einkommensgerechtigkeit (auch: Verteilungsgerechtigkeit) bedeutet eine möglichst gleichmäßige Verteilung von Lasten und Gütern. Das Gleichheitsprinzip spielt hier eine wesentliche Rolle. Um den Grad der erreichten Einkommensgerechtigkeit in den 28 Ländern vergleichen zu können, verwenden wir Indikatoren wie die Verteilung und die Sicherheit der Einkommen sowie die Frauenerwerbstätigkeit. Bei der Einkommensgerechtigkeit lag Deutschland 2015 lediglich auf Platz 16.

Ein Maß, das häufig für die Bewertung der Einkommensgerechtigkeit verwendet wird, ist der sogenannte Gini-Koeffizient. Er kann einen Wert zwischen 0 und 1 annehmen, wobei 0 die völlige Gleichverteilung der Einkommen bedeutet und 1 einen Zustand beschreibt, in dem eine Person das gesamte Volkseinkommen erhält. Im europäischen Durchschnitt lag die so gemessene Einkommensungleichheit im Jahr 2015 bei 0,31. Niedrig ist sie vor allem in den skandinavischen Ländern (Abbildung 4). Hohe staatliche Transferleistungen und eine hohe Besteuerung der Einkommen verringern dort die Einkommensungleichheit. Besonders hoch ist die Einkommensungleichheit in Ost- und Südeuropa. Deutschland ist mit einem Wert von 0,3 etwas »einkommensgleicher« als der europäische Durchschnitt. Die Vermögensungleichheit wird durch öffentliche Transfers und hohe Sozialausgaben hingegen nicht reduziert. Diese sind in Dänemark, Schweden und Norwegen sogar höher als in Deutschland (vbw, 2017).

Abbildung 4
Einkommensungleichheit 2015
Gini-Koeffizienten für ausgewählte Länder



Der Gini-Koeffizient misst die Einkommensungleichheit zwischen 0 (völlige Gleichverteilung der Einkommen) und 1 (völlige Konzentration des Volkseinkommens in einer Hand).
Quelle: Eurostat

Der Indikator »Arbeitnehmerschutz für befristete und unbefristete Beschäftigungsverhältnisse« ist in Deutschland sehr ausgeprägt, was sich auf den Index für die Einkommensgerechtigkeit positiv auswirkt. Die sogenannte Nettolohnersatzrate wirkt sich hingegen negativ aus. Gemessen wird hiermit, wie hoch das Einkommensgefälle zwischen Gering- und Vielverdienern ist, wenn diese arbeitslos werden. Mit Blick auf die Einkommensgerechtigkeit ist ein Zustand umso gerechter, wenn beide als Arbeitslose ungefähr gleich viel bekommen, die Verteilung unter den Bedürftigen also ausgeglichen ist. In Deutschland bekommt aber jemand, der mehr verdient und damit auch mehr in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, im Fall der Arbeitslosigkeit auch mehr Arbeitslosengeld. Eine Umverteilung zwischen den Einkommensgruppen findet beim Lohnersatz nicht statt. Darum sind die Nettolohnersatzraten in Deutschland nicht gerecht im Sinne der Einkommensgerechtigkeit – sehr wohl aber im Sinne des Versicherungsprinzips und der Leistungsgerechtigkeit.

In der Diskussion um Einkommensunterschiede in Deutschland spielen solche Details des Steuer-, Transfer- und Sozialversicherungssystems aber nicht die Hauptrolle. Umfragen zeigen, dass viele Befragte die tatsächliche Verteilung der Einkommen in Deutschland nicht kennen und diese Lücke durch ihre eigenen Eindrücke füllen. Wahrgenommene und tatsächliche Verteilung fallen jedoch auseinander. So vermuten die Befragten, dass die einkommensärmste Schicht in Deutschland 25 Prozent der Bevölkerung ausmacht. In Wirklichkeit ist sie mit 15,6 Prozent deutlich kleiner. Gleichzeitig unterschätzen sie die Größe der Mittelschicht. Deshalb stoßen Berichte, wonach die Mittelschicht in Deutschland schrumpfe, bei vielen eher auf Aufmerksamkeit und intuitive Zustim-

mung – auch wenn empirische Studien zeigen, dass die Mittelschicht in den letzten Jahren nicht abgenommen hat (Bundesregierung, 2017; Niehues, 2017).

Tatsache ist allerdings, dass die reinen Markteinkommen – also die Einkommen vor staatlicher Umverteilung durch Abgaben, Renten und Transfers – in Deutschland seit den 1990er Jahren auseinandergedriftet sind. Ein Grund dafür ist, dass der technische Fortschritt vor allem jene belohnt, die eine passende Qualifikation haben. Daneben wächst die Kluft bei den Einkommen aufgrund des Wandels der Bevölkerungsstruktur. Fand früher zwischen Gering- und Vielverdienern ein starker Ausgleich innerhalb der Haushalte statt, gibt es heute immer mehr Single-Haushalte, wodurch dieser Ausgleich nicht mehr möglich ist. Und auch das veränderte Heiratsverhalten ist als Faktor zu nennen: Ehen werden heute viel stärker unter Statusgleichen geschlossen, die beide arbeiten und ähnlich verdienen.

Der Blick auf diese verschiedenen und komplexen Ursachen von Einkommensungleichheit in Deutschland zeigt: Dass Einkommen in einer Gesellschaft sich unterschiedlich entwickeln, hat viel mit sozialem und strukturellem Wandel zu tun. Auf Knopfdruck lassen sich gerechtere Verhältnisse nicht herstellen.

Chancengerechtigkeit – für manche noch Wunschdenken

In einer chancengerechten Gesellschaft haben alle Menschen ähnliche Startvoraussetzungen und Chancen. Unabhängig von seiner Herkunft und seinem Geschlecht soll jeder dieselben Möglichkeiten haben, ein erfolgreiches, selbstbestimmtes Leben zu führen. Einer Umfrage des Instituts Allensbach aus dem Jahr 2013 zufolge ist dieser Gerechtigkeitsaspekt den Deutschen unter verschiedenen Gerechtigkeitsdimensionen am wichtigsten.

Bei der Chancengerechtigkeit landete Deutschland im Jahr 2015 auf Platz 10. Darin spiegelt sich einerseits die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt: Unter den 28 verglichenen Ländern hatte Deutschland 2015 nach OECD-Angaben die drittniedrigste Arbeitslosenquote, bei der Jugendarbeitslosigkeit sogar die niedrigste. Andererseits schnitt Deutschland im internationalen Vergleich bei den Chancen von Langzeitarbeitslosen auf einen Job und bei den Chancen von Frauen auf Führungspositionen schlechter ab.

Der Zugang zur Bildung ist ein wichtiges Kriterium für die Chancengerechtigkeit. Im Bereich der Bildung ist ein internationaler Vergleich allerdings besonders schwierig. So ist zwar der Anteil der Hochschulabsolventen in Deutschland niedriger als in vielen anderen OECD-Ländern. Daraus geringere Bildungschancen abzuleiten, ist aber ein Fehlschluss. Denn wegen der Besonderheiten unseres dualen Ausbildungssystems können die hiesigen Bildungsabschlüsse nicht ohne weiteres mit anderen nationalen Bildungssystemen verglichen werden.

Wir investieren in die ersten Lebensjahre eines Menschen viel zu wenig und müssen die daraus entstehenden Defizite später für teures Geld mit wenig Wirkung reparieren.

Randolf Rodenstock, 2014, 26



Unstrittig ist jedoch, dass frühkindliche Bildung wesentlich zur Chancengerechtigkeit beitragen kann. Hier hat Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich aufgeholt. 94 Prozent der Drei- bis Fünfjährigen sind in Betreuung. Hinzu kommen 33 Prozent der unter Zweijährigen, wobei sich dieser Anteil seit 2012 um 5 Prozentpunkte erhöht hat (Statistisches Bundesamt, 2016). Auch die Bildungsausgaben für Schüler sind in den letzten Jahren gestiegen. Der Anteil der Jugendlichen mit Hochschulreife nimmt zu, ebenso die Zahl der Studenten.

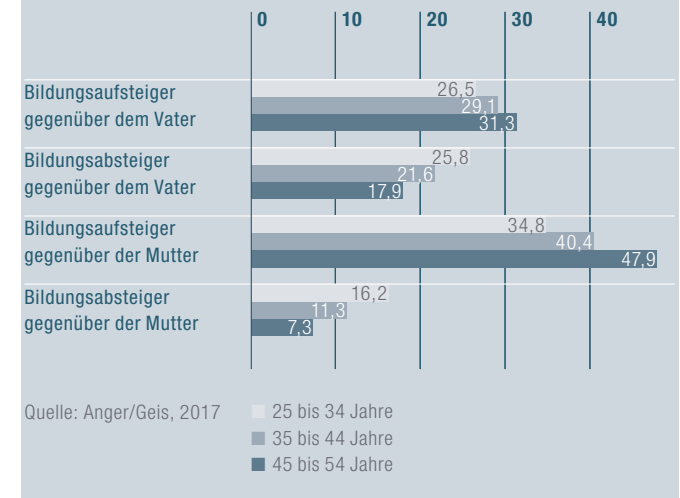
Entsprechend positiv entwickelt sich die sogenannte Bildungsmobilität. Dies bedeutet, dass viele der Jüngeren einen höheren Bildungsabschluss erreichen als ihre Eltern. In den Jahren 2013 und 2014 hatten beispielsweise gut 29 Prozent der 35- bis 44-Jährigen einen höheren Bildungsabschluss als ihr Vater. Rund 40 Prozent übertrafen den Abschluss ihrer Mutter (Abbildung 5). Trotz dieser positiven Entwicklung ist der schulische Erfolg von Kindern und Jugendlichen in Deutschland nach wie vor stark von der sozialen Herkunft geprägt. Somit gibt es weiterhin Handlungsbedarf für mehr Gerechtigkeit bei der Chancenverteilung.

In der Diskussion um Chancengerechtigkeit ist immer auch zu beachten, dass die Menschen nicht gleich sind. Der Staat hat gar nicht die Möglichkeiten und es ist auch nicht seine Aufgabe, jedem Neugeborenen die gleiche Aussicht auf Erfolg im späteren Leben zu geben. Würde er eine derart missverstandene Gleichstellung dennoch anstreben, wäre eine vollständige Nivellierung der Lebens- und Vermögensverhältnisse nötig – und trotzdem wäre nicht gewährleistet, dass weniger Begabte genauso viele Chancen erhielten wie besonders Begabte.

Abbildung 5

Bildungsmobilität in Deutschland 2013/2014

Bildungsaufsteiger und -absteiger im Vergleich zu den Eltern, in Prozent der jeweiligen Altersgruppe



Ein Ziel wäre stattdessen, allen die Möglichkeit zu geben, ihre Talente zu nutzen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Wird das durch äußere Einflüsse behindert, sei es durch soziale Normen, materielle Nachteile oder andere Faktoren, gibt es verschiedene politische Wege, die Chancen anzupassen. Für bessere Chancen von Frauen im Erwerbsleben kann die Politik beispielsweise die Voraussetzungen für eine größere Vereinbarkeit von Familienleben und Berufstätigkeit verbessern.

Generationengerechtigkeit – Schulden belasten die Generation von morgen

Wer von Generationengerechtigkeit spricht, lenkt den Blick in die Zukunft und fragt, ob die Entscheidungen heutiger Generationen den Handlungsspielraum zukünftiger Generationen beeinträchtigen. Damit erfasst die Dimension der Generationengerechtigkeit eine langfristige Perspektive.

Im Namen der Generationengerechtigkeit ist jede Generation aufs Neue aufgerufen, der nachfolgenden gute Ausgangsbedingungen zu hinterlassen. Um zu bewerten, inwiefern das gelingt, werden Indikatoren betrachtet, die heute beeinflusst werden können, aber weit in die Zukunft reichen. Dazu zählen der schonende Umgang mit Ressourcen, eine moderate Staatsverschuldung, die Förderung von Innovationen sowie die Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

Vor allem bei der Staatsverschuldung und der Innovationsförderung ist Deutschland auf einem guten Weg. Bei den Investitionen und der Ressourcenschonung ist die Bundesrepublik hingegen schlechter aufgestellt: Insgesamt lag Deutschland im Jahr 2015 beim internationalen Vergleich der Generationengerechtigkeit auf Platz 8. Zehn Jahre zuvor war es noch Rang 16.

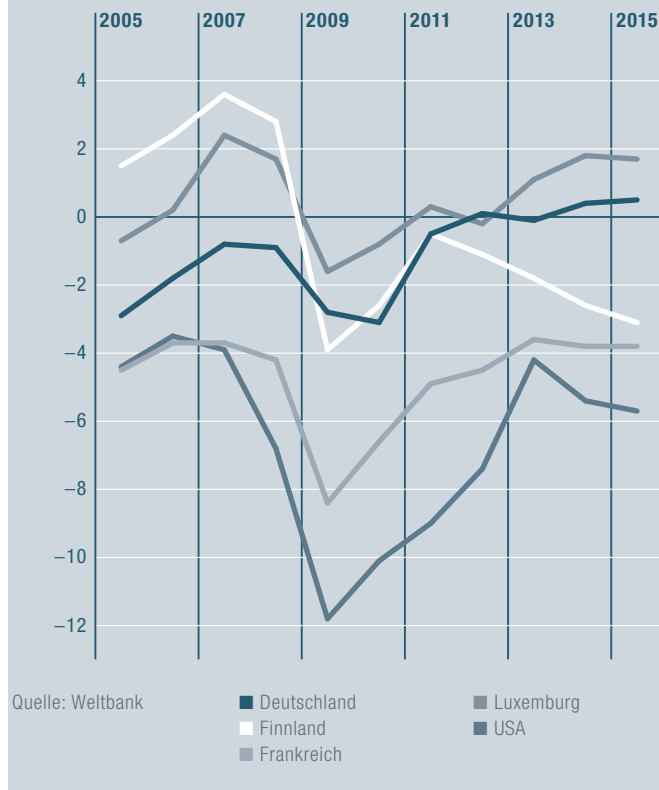
Eine Voraussetzung der Generationengerechtigkeit ist es, die Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität des Standorts Deutschland zu sichern. Anpassungsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Wirtschaft sind zu fördern, Substanzverzehr einzuschränken. Wie andere Länder befindet sich auch Deutschland hier in einem Prozess des Umden-

» Nie waren der technische Fortschritt in Deutschland so schnell, die Möglichkeiten, unser Leben zu gestalten, so vielfältig und die Lebenserwartung so hoch, wie in den letzten Jahrzehnten. Doch zeigen Stichworte wie Staatsverschuldung, Rentnerdemokratie und Klimawandel, dass unser Erbe auch seine Schattenseiten hat.

Randolf Rodenstock, 2010, 3



Abbildung 6
Budgetüberschüsse und -defizite
in Prozent des BIP



kens und Umsteuerns. Für wichtige Zukunftsfelder wie Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Infrastruktur sind in Deutschland mehr Investitionen geplant – auch in die digitale Infrastruktur. So stehen für den Breitbandausbau 4 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 bereit. Wie dringend nötig dieser Ausbau ist, zeigt der internationale Vergleich. Im Jahr 2016 machten Glasfaseranschlüsse in Deutschland 1,6 Prozent der Breitbandanschlüsse aus – bei einem OECD-Durchschnitt von 20 Prozent und 74 Prozent in Japan (OECD, 2016b). Ohne entsprechende Investitionen wird auch die Qualität der Verkehrsinfrastruktur für kommende Generationen deutlich schlechter sein als heute.

Es ist eine besondere Herausforderung aus Sicht der Generationengerechtigkeit, die Finanzierung dieser Investitionen zu stemmen, ohne die Schuldenlast zu erhöhen. Denn Schulden und Zinslast schränken die Handlungsfähigkeit in der Zukunft ein. Grundsätzlich sind Kredite für Investitionen nicht falsch, schließlich profitieren auch die heute jungen Menschen, die die Schulden abzahlen werden, von diesen Investitionen. Die Erfahrung hat jedoch gelehrt, dass es Grenzen für die öffentliche Verschuldung geben muss – schon weil der größte Teil nicht in produktive und nachhaltige Investitionen fließt, sondern in den gemeinschaftlichen Konsum der aktuellen Generation.

Die Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte von Bund und Ländern leistet darum einen wichtigen Beitrag zu mehr Generationengerechtigkeit. Im Zusammenspiel von Schuldenbremse, niedrigen Zinsen und guter Konjunktur wird der Bundeshaushalt im Jahr 2017 schon zum vierten Mal in Folge wohl ohne neue Schulden auskommen. Geht es so weiter, könnte im Jahr 2020 die für die öffentliche Verschuldung geplante Quote von

60 Prozent des BIP erreicht werden. Während sich der Großteil der OECD-Länder nur langsam von dem Schock der Finanz- und Wirtschaftskrise erholt, kann Deutschland seit 2010 ein deutliches Wachstum der Budgetüberschüsse verzeichnen (Abbildung 6).

Diese positive Einschätzung zur Generationengerechtigkeit in Deutschland bezieht sich auf die sogenannte explizite Verschuldung, das heißt auf die offiziell ausgewiesenen Staatsschulden. Daneben lohnt sich aber auch der Blick auf die implizite Verschuldung, auch Schattenverschuldung genannt. Diese beinhaltet die zukünftig zu erwartenden Staatsausgaben bei unveränderter Haushaltsführung und Rechtslage, beispielsweise für Pensionen und Renten, Gesundheit und Pflege. Angesichts des demografischen Wandels ist Deutschland durch diese bereits gegebenen Versorgungszusagen deutlich höher verschuldet, als es auf den ersten Blick scheint. Diese Last wird in Zukunft noch zunehmen (Peters et al., 2017).

Das Altern der Bevölkerung stellt somit eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre dar und fordert schon jetzt Reformen bei der gesetzlichen Rente. Doch die drei möglichen Optionen – Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Dämpfung der Rentensteigerungen oder Erhöhung der Beiträge – werden von Befragten in Deutschland alle als ungerecht empfunden (RHI, 2011). Dieses Beispiel zeigt, dass Maßnahmen, die einen bestimmten Gerechtigkeitsaspekt stärken sollen – hier die Generationengerechtigkeit –, die empfundene Gerechtigkeit an anderer Stelle mindern können.

» Eine Norm ist gerecht, wenn sie für alle potenziell Betroffenen zustimmungsfähig und zumutbar ist und damit deren personale Rechte in sozialer Interaktion garantiert.

Elke Mack, 2009, S. 10



Regelgerechtigkeit – wider die Willkür

Anstelle von Privilegien und Ausnahmen für bestimmte Gesellschaftsmitglieder sollen die Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens für alle gleichermaßen gelten; sie sollen transparent und nachvollziehbar sein. Das anhaltende Vertrauen der Bevölkerung in Regeln ist eine wichtige Voraussetzung sowohl für den gesellschaftlichen Zusammenhalt als auch für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand

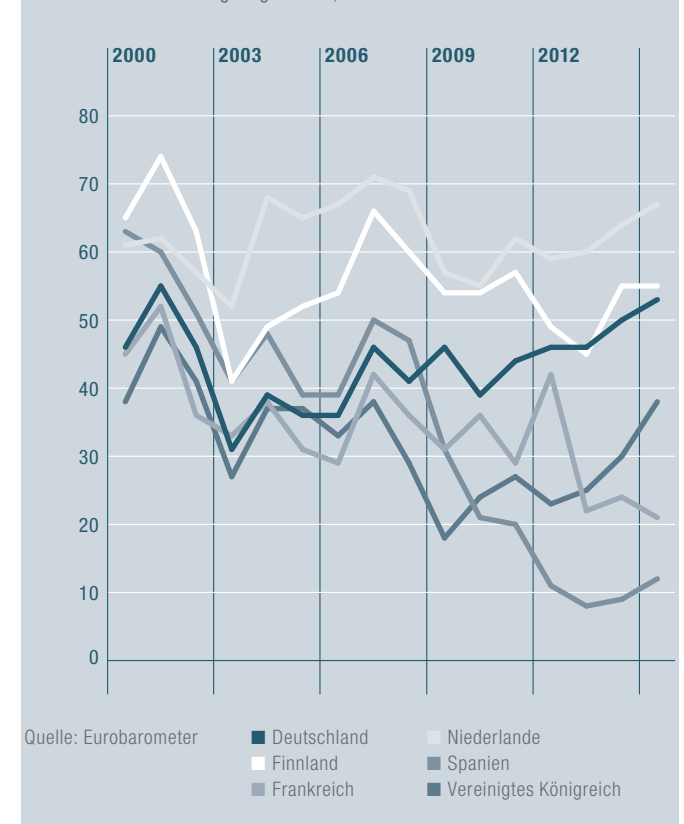
Deutschland belegte 2015 im internationalen Vergleich bei der Regelgerechtigkeit Platz 11. Indikatoren, die den Grad der empfundenen Regelgerechtigkeit in einem Land anzeigen können, basieren meistens auf Umfragen, etwa zu Erfahrungen mit Korruption. Ein hohes Maß an Korruption bedeutet geringe Regelgerechtigkeit, da Einzelne oder Gruppen die Regeln und Gesetze etwa gegen Geldleistung zu ihrem persönlichen Vorteil umgehen können. Wenig Korruption wiederum bedeutet, dass alle Gesellschaftsmitglieder ähnlich gute Möglichkeiten der Interessensdurchsetzung haben. Seit 2006 sinkt die wahrgenommene Korruption in Deutschland. Im Korruptionsindex von Transparency International war Deutschland 2016 unter 176 Ländern auf Platz 10. Angeführt wird die Rangliste von den skandinavischen Ländern, Neuseeland und der Schweiz.

Wer Regeln gerecht finden soll, braucht auch Vertrauen in die Menschen und Institutionen, die die Regeln machen. In Deutschland sprechen 53 Prozent der Befragten dem Parlament ihr Vertrauen aus: Sie geben an, dem Parlament eher zu vertrauen, als ihm nicht zu vertrauen. Das ist relativ viel – verglichen zum Beispiel mit 12 Prozent in Spanien. Dieses Vertrauen hierzulande hat auch

Abbildung 7

Vertrauen in das nationale Parlament

So viel Prozent der Befragten gaben an, ihrem nationalen Parlament zu vertrauen



während der Finanz- und Wirtschaftskrise kaum abgenommen (Abbildung 7), anders als in vielen anderen europäischen Ländern, deren Führungen sich teilweise bis heute nicht von diesem Vertrauensverlust erholt haben.

Auch die Effektivität von Regierung und Verwaltung wird in Deutschland als vergleichsweise hoch eingeschätzt. Zu diesem Ergebnis kommt die Weltbank (2017), die regelmäßig die Zufriedenheit der Bürger mit dem öffentlichen Dienst und der Umsetzung politischer Maßnahmen misst. Ob die Bürger dem Rechtsstaat vertrauen, zeigt sich zum Beispiel in Umfragen darüber, wie sie die Arbeit der Polizei und die Wahrscheinlichkeit von Kriminalität und Gewalt einschätzen (Weltbank, 2017). Wird die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates als gering eingestuft, leidet die empfundene Regelgerechtigkeit. Das Gefühl, dass man sich regelwidrig verhalten kann und nicht unbedingt dafür zur Rechenschaft gezogen wird, bedroht die gesellschaftliche Stabilität.

Um das Sicherheitsgefühl der Bürger weiter zu erhöhen und das Funktionieren des Rechtsstaates zu verdeutlichen, muss nicht nur die objektive Situation – beispielsweise die Anzahl der eingesetzten Polizeikräfte – verbessert werden. Die Behörden sollten auch die Transparenz und Kommunikation über ihre Arbeit verbessern. Damit begegnen sie den subjektiven Wahrnehmungen der Menschen, anhand derer viele die Sicherheitslage einschätzen. Anders wäre kaum zu erklären, dass die Angst in der Bevölkerung vor bestimmten Straftaten wächst – obwohl deren Zahl objektiv zurückgeht.

Anders über Gerechtigkeit diskutieren

Der Blick auf den Gerechtigkeitsindex hat gezeigt: Verglichen mit anderen Ländern steht Deutschland in vielen Gerechtigkeitsdimensionen gut da und hat sich im Lauf der letzten Jahre verbessert. Damit ist das Thema Gerechtigkeit hierzulande jedoch nicht abgehakt. Fragen der Gerechtigkeit bewegen weite Teile der Bevölkerung und werden hitzig diskutiert.

Im internationalen Vergleich sind die Rangplätze Deutschlands zudem verbesserungswürdig. Vordere Platzierungen erreicht Deutschland in den Dimensionen Bedarfsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit und Generationengerechtigkeit, während es bei der Regelgerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit und Einkommensgerechtigkeit nur im Mittelfeld landet. Kein Grund also, die Hände in den Schoß zu legen. Vielmehr muss gesellschaftlich offen, differenzierend und kritisch darüber diskutiert werden, welche Bereiche tatsächlich gestärkt werden sollen und wie die Maßnahmen politisch umgesetzt werden können. Denn gerade das zeigt die Betrachtung der unterschiedlichen Dimensionen von Gerechtigkeit in dieser RHI-Publikation: Pauschale Versprechungen für mehr Gerechtigkeit führen nicht zum Ziel, sondern zu Widersprüchen.

Beispielsweise gehen hohe staatliche Ausgaben, die die Bedarfsgerechtigkeit oder die Chancengerechtigkeit stärken, zulasten der Generationengerechtigkeit – zumindest dann, wenn sie nicht solide und nachhaltig finanziert werden. Mehr Leistungsgerechtigkeit bei der Entlohnung könnte zu größeren Einkommensunterschieden führen. Eine Erhöhung der Einkommensgerechtigkeit, etwa durch Angleichungen des Arbeitslosengelds für Niedrig-

»
Es zeigt sich, dass Gerechtigkeit als Wert nicht absolut zu setzen ist, sondern dass sie als Wert oftmals im Widerspruch steht zu anderen Werten.

«
Detlef Fetchenhauer, 2009, 27
RHI-Diskussion, Nr. 11

»
Noch immer beeinträchtigt der Mangel an Ganztagskindergärten und -schulen sowohl die Startchancen der Kinder als auch die Berufs- und Karrierechancen der Mütter. Völlig zu Recht sehen die meisten Deutschen hier großen Nachholbedarf. Das ist ein in Gerechtigkeitsfragen seltener Konsens, der damit umso mehr zum Handeln auffordert.

«
Roman Herzog, 2014, 2
RHI-Information, Nr. 16

und Vielverdiener, könnten die Betroffenen als nicht leistungsgerecht wahrnehmen. Diese Vielschichtigkeit sollte bei Gerechtigkeitsdebatten immer bedacht werden.

Im Umkehrschluss bedeutet das: Es ist gar nicht machbar, in allen Dimensionen gute Ergebnisse zu erreichen. Die Politik muss immer eine Auswahl treffen, eine Richtung vorgeben. Denn eine einheitliche Rangliste der Gerechtigkeitsdimensionen für unsere Gesellschaft, der alle zustimmen, kann es nicht geben. Dafür sind die Werturteile der Menschen darüber, was gerecht ist, zu unterschiedlich. Darum ist, wenn politische Maßnahmen auf den Weg gebracht werden sollen, nur eine Priorisierung bestimmter Gerechtigkeitsaspekte möglich, nicht aber der völlige Interessenausgleich. Bei der Umsetzung politischer Maßnahmen im Namen *einer* Gerechtigkeit sollte in jedem Fall offen dargelegt werden, welche andere Gerechtigkeitsdimension dafür hintangestellt wird. Was Gerechtigkeitsdebatten unbedingt prägen sollte, sind Klarheit in der Argumentation, Verständnis für andere Positionen und ein Bewusstsein für die Komplexität von Gerechtigkeitsfragen.

Literatur

Anger, Christina / Geis, Wido, 2017, Bildungsstand, Bildungsmobilität und Einkommen. Neue Herausforderungen durch die Zuwanderung, in: IW-Trends, 44. Jg., Nr. 1, S. 43–58

Bertelsmann Stiftung, 2016, Social Justice in the EU. Index Report 2016, Gütersloh

Bundesregierung (Hrsg.), 2017, Lebenslagen in Deutschland, 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin

Enste, Dominik H. / Haas, Heide / Wies, Jana, 2013, Internationaler Gerechtigkeitsindex, Analysen und Ergebnisse für 28 Industriestaaten, IW-Analysen, Nr. 91, Köln

Eurostat, 2017, Quote der von Armut bedrohten Personen nach Armutsgefährdungsgrenze und Beschäftigung im Vorjahr, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ilc_li04&lang=de [5.5.2017]

Flake, Regina / Werner, Dirk / Zibrowius, Michael, 2016, Karrierefaktor berufliche Fortbildung. Einkommensperspektiven von Fortbildungsabsolventen, in: IW-Trends, 43. Jg., Nr. 1, S. 85–103

Hradil, Stefan, 2010, Wege und Irrwege zur sozialen Gerechtigkeit. Eine Sicht der Soziologie, in: Roman Herzog Institut (Hrsg.), Warum ist Gerechtigkeit wichtig? Antworten der empirischen Gerechtigkeitsforschung, München, S. 47–63

Niehues, Judith, 2017, Die Mittelschicht in Deutschland – vielschichtig und stabil, in: IW-Trends, 44. Jg., Nr. 1, S. 3–20

OECD, 2016a, Child poverty, OECD Family Database, <http://www.oecd.org/els/family/database.htm> [11.5.2017]

OECD, 2016b, OECD Broadband statistics, <http://www.oecd.org/sti/broadband/oecdbroadbandportal.htm> [11.5.2017]

Peters, Fabian / Raffelhüschen, Bernd / Reeker, Gerrit, 2017, Ehrbare Staaten? Update 2016, Die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in Europa, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 137, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin

RHI – Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2011, Die Zukunft der Gerechtigkeit. Ergebnisse aus zwei Jahren Gerechtigkeitsforschung, RHI-Information, Nr. 10, München

RHI (Hrsg.), 2014, Zwischen Mythos und Machbarem. Wie viel Gerechtigkeit ist möglich? WissensWert, Nr. 2, München

Statistisches Bundesamt, 2016, Betreuungsquote, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialeleistungen/Kindertagesbetreuung/Tabellen/Tabellen_Betreuungsquote.html [16.5.2017]

Statistisches Bundesamt, 2017, Lebensbedingungen, Armutsgefährdung, Armutsschwelle und Armutsgefährdung (monetäre Armut) in Deutschland, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/LebensbedingungenArmutsgefaehrung/Tabellen/EUArmutsschwelleGefaeherdung_SILC.html [5.5.2017]

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., 2017, Vermögensverteilung – Vorurteilen auf der Spur, https://www.vbw-bayern.de/Redaktion/Frei-zugaengliche-Medien/Abteilungen-GS/Wirtschaftspolitik/2017/Downloads/Studie_Verm%C3%B6gensverteilung_vbw.pdf [31.7.2017]

Weltbank, 2017, Worldwide Governance Indicators, <http://info.worldbank.org/governance/wgi/#doc> [15.5.2017]

LesensWert

Die Publikationen des Roman Herzog Instituts zum Thema Gerechtigkeit:

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2015, [Jung gegen Alt. Droht dem Generationenvertrag das Aus?](#), RHI-WissensWert, Nr. 9, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2014, [Wie viel Gerechtigkeit ist möglich? Zwischen Mythos und Machbarem](#), RHI-WissensWert, Nr. 2, München

Rodenstock, Randolf, 2014, [Soziale Ungerechtigkeit in Deutschland. Die Sicht der Wirtschaft](#), RHI-Information, Nr. 16, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2011, [Die Zukunft der Gerechtigkeit. Ergebnisse aus zwei Jahren Gerechtigkeitsforschung](#), RHI-Information, Nr. 10, München

Enste, Dominik H. / Erdmann, Vera / Kleineberg, Tatjana, 2011, [Mythen über die Mittelschicht. Wie schlecht steht es wirklich um die gesellschaftliche Mitte?](#), RHI-Information, Nr. 9, München

Fetchenhauer, Detlef / Enste, Dominik H. / Köneke, Vanessa, 2010, [Fairness oder Effizienz? Die Sicht ökonomischer Laien und Experten](#), RHI-Diskussion, Nr. 15, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2010, [Warum ist Gerechtigkeit wichtig? Antworten der empirischen Gerechtigkeitsforschung](#), RHI-Buch, München

Kersting, Wolfgang, 2010, [Die Bedeutung der Gerechtigkeit](#), RHI-Position, Nr. 9, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2010, [Generationengerechtigkeit. Was vererben wir unseren \(Enkel-\)Kindern?](#), RHI-Diskussion, Nr. 16, München

Neumann, Michael / Schäfer, Holger / Schmidt, Jörg, 2010, [Recht auf Aufstieg. Vom Tellerwäscher zum Millionär?](#), RHI-Diskussion, Nr. 13, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2009, [»Recht auf Arbeit«. Vom Anspruch zur Zugangsgerechtigkeit](#), RHI-Diskussion, Nr. 12, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2009, [Was ist Gerechtigkeit – und wie lässt sie sich verwirklichen? Antworten eines interdisziplinären Diskurses](#), RHI-Diskussion, Nr. 11, München

WissensWerte – bisher erschienen

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2017, [Blick zurück nach vorn. 15 Jahre Roman Herzog Institut](#), RHI-WissensWert, Nr. 14, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2016, [Werte im Wettbewerb](#), RHI-WissensWert, Nr. 13, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2016, [Frischer Wind für Wirtschaft und Gesellschaft. Zur Verleihung des Roman Herzog Forschungspreises 2016](#), RHI-WissensWert, Nr. 12, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2016, [Miteinander mit Mehr-Wert. Welche Vorteile bringt kulturelle Vielfalt?](#), RHI-WissensWert, Nr. 11, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2015, [Was bewegt die Generation von morgen? Sinnsuche in der digitalen Welt](#), RHI-WissensWert, Nr. 10, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2015, [Jung gegen Alt. Droht dem Generationenvertrag das Aus?](#), RHI-WissensWert, Nr. 9, München

Claudia Peus/Susanne Braun/Nilüfer Aydin, 2015, [Neid in Unternehmen: Fluch oder Fortschrittmotor? Führung anders denken](#), RHI-WissensWert, Nr. 8, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2014, [Freiheit zwischen Medien, Macht und Meinung](#), RHI-WissensWert, Nr. 7, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2014, [Ideen entwickeln, Initiative ergreifen, Zukunft gestalten. Der Roman Herzog Forschungspreis Soziale Marktwirtschaft](#), RHI-WissensWert, Nr. 6, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2014, [Wie frei sind wir? Freiheit anders denken](#), RHI-WissensWert, Nr. 5, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2014, [Roman Herzog zum 80. Geburtstag](#), RHI-WissensWert, Nr. 4, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2014, [Wie gelingt Führung in Staat und Gesellschaft? Führung anders denken](#), RHI-WissensWert, Nr. 3, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2013, [Wie viel Gerechtigkeit ist möglich? Zwischen Mythos und Machbarem](#), RHI-WissensWert, Nr. 2, München

Roman Herzog Institut (Hrsg.), 2013, [Führung anders denken](#), RHI-WissensWert, Nr. 1, München

© 2017 Roman Herzog Institut e.V.
(Herausgeber)

Kontakt:

Dr. Neşe Sevsay-Tegethoff
Geschäftsführerin
Roman Herzog Institut e.V.
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
Telefon 089 551 78-732
Telefax 089 551 78-755
info@romanherzoginstitut.de
www.romanherzoginstitut.de

Manuskript:

Dominik H. Enste, Theresa Eyerund,
Christina Heldman

Foto:

© 2017 Roman Herzog Institut e.V.

Redaktion und Produktion:

IW Medien GmbH, Köln · Berlin

Die Publikationen des Roman Herzog Instituts sind beim Herausgeber kostenlos erhältlich und können bestellt werden unter www.romanherzoginstitut.de



Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.